

## Vom slawischen Drang nach Westen 13.09.2011

**WIESBADEN** (Eigener Bericht) - Die Regierung des Bundeslandes Hessen beliefert Lehrinrichtungen mit rechtslastigen Publikationen über die Umsiedlung der Deutschen. Eine Broschüre, die das hessische Sozialministerium im Juli an 450 Institutionen versandt hat, darunter Studienseminare und Abendgymnasien, ist von einem prominenten Interviewpartner rechtslastiger Medien verfasst worden. Der Völkerrechtler Alfred de Zayas schreibt darin, die Umsiedlung nach dem Zweiten Weltkrieg weise zumindest partiell "Völkermordcharakter" auf. Den "Vertriebenen" stehe daher die Rückgabe ihres früheren Eigentums oder Entschädigung zu. Über den einstigen tschechoslowakischen Staatspräsidenten Edvard Beneš behauptet der Autor, Beneš habe politische Ziele "in Analogie zur Ideologie des deutschen Nationalsozialismus" verfolgt. Die Broschüre enthält heftige Attacken auch gegen Polen sowie die Westalliierten. Ihre Verbreitung durch das Sozialministerium ist der vorläufige Höhepunkt einer bereits seit gut zehn Jahren andauernden Initiative der hessischen Landesregierung, die darauf abzielt, den Stellenwert der Umsiedlung im öffentlichen Diskurs zu stärken.

Wie eine Sprecherin des hessischen Sozialministeriums auf Anfrage bestätigt, hat ihr Haus im Sommer rund 450 Exemplare der Broschüre "50 Thesen zur Vertreibung" von Alfred de Zayas verschickt. Empfänger seien verschiedenste Institutionen in ganz Hessen gewesen, darunter Studienseminare. Wie Dokumente zeigen, die dieser Redaktion vorliegen, wurde die Broschüre auch an Abendgymnasien versandt. Die Bezahlung sei aus dem Haushalt des Sozialministeriums erfolgt, bestätigt die Sprecherin. Der Preis der Broschüre wird vom Verlag, etwaige Rabatte nicht eingerechnet, mit 7 Euro pro Stück beziffert.

### Nicht unumkehrbar

In der Broschüre behauptet Autor de Zayas, zumindest in der Tschechoslowakei und Jugoslawien habe die "Vertreibung" der Deutschen "Völkermordcharakter" erkennen lassen.[1] Daraus ergebe sich "ein absolutes Anerkennungsverbot auch der dabei durchgeführten Enteignungen". Die "Vertriebenen" könnten also mit Recht "Rückkehr und Eigentumsrückgabe" verlangen, wenngleich man, weil Rückgabe wohl oft kaum noch möglich sei, auch Entschädigungen in Betracht zu ziehen habe. Jedenfalls müsse jetzt "im politischen Bereich (...) die Suche nach gangbaren Wegen für (...) einen gerechten Ausgleich auch in der schwierigen Eigentumsfrage intensiviert werden". Weiter heißt es in der Broschüre: "Die Vorstellung, vollzogene Vertreibungen seien unumkehrbar, ist weit verbreitet, aber nicht zutreffend." So seien etwa Vertreibungen im früheren Jugoslawien "zum Teil wiedergutmacht" worden. "Dieser Befund" könne etwa den "Ost- und Sudetendeutschen (...) Hoffnung machen".

### "Massensterben in Kauf genommen"

Über diese Behauptungen hinaus enthält de Zayas' Broschüre heftige Angriffe gegen mehrere Nachbarstaaten. So heißt es etwa, die "weit verbreitete Vorstellung eines gewaltsamen (deutschen, d. Red.) Drangs nach Osten" sei nicht haltbar [2]; "vielmehr existierte ein allmählicher Drang nach Westen der Slawen". In Polen habe "die Diskriminierung der Deutschen" schon in den Jahren von 1919 bis 1924 "Züge einer Vertreibung" angenommen. Der tschechoslowakische Staatspräsident Edvard Beneš habe einen "rein slawische(n) tschechisch(n) Nationalstaat" angestrebt - "durchaus in Analogie zur Ideologie des deutschen Nationalsozialismus". Nicht etwa der NS-Vernichtungskrieg, sondern "die Vertreibung der Deutschen" habe "ein in Jahrhunderten gewachsenes Zusammenleben von Slawen und Deutschen zerstört". Auch die Westalliierten treffe schwere Schuld: Sie hätten, als sie der Umsiedlung zustimmten, angesichts der desolaten Ernährungslage im befreiten Deutschland "die Gefahr eines Massensterbens in Kauf" genommen.

### "Verharmlosung" als Verbrechen

Zusätzlich lässt der Autor erkennen, dass er abweichende Ansichten über die "Vertreibung" nicht zu dulden bereit ist. So sei, erklärt de Zayas, schon die Benennung der "Vertreibung" als "Umsiedlung" "verharmlosend".[3] "Die schwere und anhaltende Verharmlosung der Vertreibung der Deutschen" stelle jedoch, heißt es weiter, ihrerseits "eine Menschenrechtsverletzung dar".

### Sudetendeutsche, Juden, Tutsi

Der Autor der Broschüre, die das hessische Sozialministerium verbreitet, ist unter

anderem aus Interviews mit rechtslastigen Medien bekannt. Im Gespräch mit der ultrarechten Wochenzeitung "Junge Freiheit" etwa behauptete de Zayas, die Sudetendeutschen seien "aus rassistischen Gründen vertrieben" worden, es handele sich also um "Völkermord": "Um als Völkermord zu gelten, ist es nicht nötig, daß alle Mitglieder der Gruppe massakriert werden. Auch nicht alle Armenier, nicht alle Juden, nicht alle Tutsis wurden ausgerottet." [4] In Kreisen der äußeren Rechten wird gegenwärtig Zayas' jüngstes Buch gefeiert ("Völkermord als Staatsgeheimnis"), in dem er die These vertritt, die NS-Vernichtungspolitik sei vor der Befreiung 1945 im Deutschen Reich allenfalls Insidern, nicht jedoch allgemein bekannt gewesen. Verleger der vom hessischen Sozialministerium versandten Broschüre ist der Chefredakteur der Preußischen Allgemeinen Zeitung, Konrad Badenheuer. In der Preußischen Allgemeinen Zeitung hieß es etwa zur "Kriegsschuldfrage 1939", die aktuellen "ernst zu nehmenden Darstellungen des Zweiten Weltkrieges" seien "zu dem Schluß" gekommen, "daß von einer Alleinschuld Deutschlands am Kriegsausbruch nicht die Rede sein könne". [5] Badenheuer hat vor Jahren eine Ausstellung konzipiert, in der es hieß, das "Sudetenland" habe "als besetztes Gebiet interpretiert werden" können, "das nie legitim zur ČSR gehört hat". Daher gefährde die Tatsache, dass das Münchner Diktat vom 30. September 1938 ohne Mitwirkung der betroffenen Tschechoslowakei zustande gekommen sei, "nicht die Gültigkeit des Abkommens" (german-foreign-policy.com berichtete [6]).

### Eine hessische Initiative

Die hessische Landesregierung hat vor rund zehn Jahren eine Initiative zugunsten der deutschen "Vertriebenen" gestartet, in welche die Verschickung der Broschüre von de Zayas einzuordnen ist. So hat sie das Amt eines Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler eingerichtet, eine Patenschaft für die Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen des Bundes der Vertriebenen (BdV) übernommen, einen "Tag der Vertriebenen" im Rahmen des jährlichen "Hessentags" etabliert sowie Vertretern des BdV jeweils einen Sitz im Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks beziehungsweise in der Landesanstalt für den privaten Rundfunk verschafft. Auch hat die hessische Landesregierung Wert darauf gelegt, den Stellenwert des Themas "Vertreibung" in den schulischen Lehrplänen höher als zuvor anzusetzen. In diesem Kontext hat das hessische Kultusministerium BdV-Materialien an die hessischen Medienstellen versandt, um sie für die Schulen verfügbar zu machen. Zuletzt hat die hessische Landesregierung mit Beschluss vom 8. November 2010 einen "Hessischen Preis 'Flucht, Vertreibung, Eingliederung'" gestiftet, der alle zwei Jahre für "hervorragende kulturelle, literarische oder wissenschaftliche Leistungen" zum Thema "Vertreibung" verliehen wird. Er ist mit 7.500 Euro dotiert.

### Ehrenplakette

Der ehemalige hessische Ministerpräsident Roland Koch, unter dessen Ägide die Initiative in Sachen "Vertreibung" gestartet wurde, hat dafür am 27. August die BdV-Ehrenplakette erhalten - während der Feierlichkeiten zum diesjährigen "Tag der Heimat". Bei der Veranstaltung hatte BdV-Präsidentin Erika Steinbach Äußerungen getätigt, die in mancher Hinsicht de Zayas' Thesen recht nahekommen. So hatte sie behauptet, die "Wurzeln der Vertreibung" reichten bis in die "Mitte des 19. Jahrhunderts" zurück und dürften nicht "ahistorisch an den Beginn des Zweiten Weltkriegs geknüpft" werden (german-foreign-policy.com berichtete [7]). Auch bei de Zayas heißt es in einer Relativierung der Bedeutung des deutschen Vernichtungskriegs: "Auch der dynamische slawische Nationalismus des 19. Jahrhunderts und die Beschlüsse der Verträge von Versailles, St. Germain und Trianon (...) müssen als Ursachen mit berücksichtigt werden." [8]

[1], [2], [3] Alfred de Zayas: 50 Thesen zur Vertreibung, London/München 2008

[4] "Historische und menschliche Tragödie"; Junge Freiheit 24/2006

[5] Neuer Überblick zur Kriegsschuldfrage 1939; Preußische Allgemeine Zeitung 05/2007

[6] s. dazu [Ein Lernort](#)

[7] s. dazu [Historisch vermintes Gebiet](#)

[8] Alfred de Zayas: 50 Thesen zur Vertreibung, London/München 2008

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

[info@german-foreign-policy.com](mailto:info@german-foreign-policy.com)